

Julian Zado

Für eine bessere Hochschulbildung ... engagieren!

Die Situation an deutschen Hochschulen ist nicht immer gut, an vielen Stellen sogar äußerst prekär. Studentisches Engagement kann hier viel, aber zurzeit nicht genug erreichen. Warum ist studentisches Engagement dennoch wichtig?

Julian Zado

(* 1984) studiert Jura in Berlin. Er war in der Hochschulpolitik unter anderem im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen aktiv. Seit November 2008 ist er stellv. Landesvorsitzender der Jusos Berlin.

julian@spd-online.de



Standen bis vor kurzem noch eher die Hochschulkapazitäten im Fokus der Kritik, rückt seit einiger Zeit die mangelhafte Qualität der Hochschullehre in den Mittelpunkt, angestoßen vor allem durch entsprechende Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom Juli 2008. Dies ist eine begrüßenswerte Entwicklung, denn es kann nicht nur darum gehen, *irgendein* Studium zu absolvieren. Notwendig ist umfassendes, wissenschaftliches und kritisches Lernen. Als Ausprägungen dieser qualitativ unzureichenden Lehre werden häufig die unsystematische bzw. nicht vorhandene Ausbildung der HochschullehrerInnen, die schlechten Betreuungsrelationen, also die Anzahl der Studierenden pro HochschullehrerIn, die veraltete Infrastruktur der Hochschulen und die unzureichende Ausstattung mit modernen Lehrmaterialien genannt. Und tatsächlich führen diese Faktoren dazu, dass unglaublich große Reibungsverluste entstehen. Anstatt sich auf das Wesentliche – das Lernen und Lehren – konzentrieren zu können, müssen DozentInnen hohe Verwaltungshürden über-

winden und Studierende ihre Zeit in Veranstaltungen verschwenden, von denen sie aufgrund der Überfüllung sowieso nicht profitieren können. Das alles sind bekannte Missstände, die schon seit langem existieren und die dringend beseitigt werden müssen. Langfristig würde sich das auch auszahlen, denn schlechte Lern- und Lehrbedingungen führen dazu, dass alle Beteiligten frustriert werden und ihr volles Potenzial nicht ausschöpfen können.

Lern- und Lehrkultur verändert

Die mangelhafte Lehre an den Hochschulen hat aber noch andere Gründe. Doch um diese geht es in der Debatte über die Lehrqualität erstaunlicherweise weniger häufig. Die im Grundansatz begrüßenswerte Studienstrukturreform wurde nämlich dazu genutzt, neben der Studienstruktur auch die Lern- und Lehrkultur an den Hochschulen zu verändern. Dies war wohlge- merkt kein Bestandteil des sogenannten *Bologna-Prozesses*, sondern fand nur zeitgleich mit dessen Umsetzung statt.

Zunächst sind die Lerninhalte nun größtenteils genau vorgeschrieben, wodurch die Auswahl eingeschränkt wurde. War früher nur vorgegeben, in welchen Bereichen man wie viele Lehrveranstaltungen absolvieren musste, wird man heute häufig in Kurse eingeteilt. Persönliche Interessen oder auch eine inhaltliche Profilentwick-

lung bleiben so auf der Strecke. Wenn der Anteil an Lehrveranstaltungen, die pflichtgemäß abgesehen werden müssen, im Verhältnis zu den Lehrveranstaltungen, die als spannend empfunden werden, steigt, sinkt entsprechend die durchschnittliche Motivation. Gleichzeitig lernen Studierende nicht mehr, sich kritisch mit Lehrinhalten auseinander zu setzen.

Zweitens ist die Arbeitsbelastung an den Hochschulen deutlich gestiegen. Das hängt oft, aber nicht immer, damit zusammen, dass die Studiendauer gestrafft, die Lerninhalte aber nicht entsprechend angepasst wurden. Die Anforderungen sind in vielen Studiengängen selbst für Studierende ohne Nebenjob kaum noch zu bewältigen.

Die Prüfungsbelastung nimmt dramatisch zu. Fast alle Lehrveranstaltungen werden inzwischen mit Prüfungen abgeschlossen. Ebenso sind oft Arbeitsleistungen wie Referate, Essays, mitunter aber auch »Vor-Klausuren« Voraussetzung, um dann an der »richtigen« Abschlussprüfung teilnehmen zu dürfen. Diese Noten fließen dann sämtlich in die Abschlussnote ein, die wiederum Voraussetzung für die Zulassung zum Master-Studium oder eine erfolgreiche Bewerbung um einen Arbeitsplatz ist, sodass der Druck auf ein kaum vorstellbares Niveau ansteigt.

Diese und viele andere Aspekte, die bei der Umsetzung von *Bachelor* und *Master* oft (es soll keine pauschale Verurteilung aller Umstellungen erfolgen!) nicht geglückt sind, führen dazu, dass viele neue Studiengänge als schlicht nicht studierbar einzuschätzen sind (dazu: www.studierbarkeit.de). Das ist kein vom Thema Lehrqualität losgelöster Aspekt, sondern muss ein entscheidender Bestandteil einer Diskussion über gute Hochschulbildung sein. Wenn man in einem Studium nur noch unter Druck steht und die Lerninhalte vorgesetzt bekommt, um sie dann auswendig zu lernen, kann von einem wissenschaftlich-kritischen Studium, von guter Hochschulbildung keine Rede sein.

Die soziale Situation ist prekär

Die Qualität der Hochschulbildung sinkt auch deshalb, weil Studierende sich oft aufgrund ihrer sozialen Situation nicht mehr voll auf das Studium einlassen können. Das liegt zum einen an einer immer noch unzureichenden Studienfinanzierung, zum anderen an der Einführung von Studiengebühren in vielen unionsregierten Bundesländern. Zu Beginn dieses Wintersemesters wurde das BAföG um 10 % erhöht. Das war ein wichtiger Erfolg, und ein schwieriger, bedenkt man, dass die CDU-Bildungsministerin Annette Schavan bei ihrem Amtsantritt das BAföG als »Auslaufmodell« bezeichnet hat und auch während der Haushaltsverhandlungen sich gegen eine BAföG-Erhöhung engagierte. So sehr dies also auch ein Erfolg für die SPD war, so muss man doch auch analysieren, dass damit die Probleme nicht strukturell gelöst wurden. Die BAföG-Erhöhung hat schließlich gerade mal die Preisentwicklung seit der letzten Erhöhung im Jahr 2002 ausgeglichen. Schon bald wird der BAföG-Satz wieder unzureichend sein. Gleichzeitig profitieren viele nicht vom BAföG, obwohl sie eigentlich darauf angewiesen sind, weil ihre Eltern zwar minimal über der Einkommensgrenze verdienen, sie aber dennoch faktisch kaum das Geld aufbringen können, um (mehrere) Kinder viele Jahre finanziell zu unterstützen. Eine jährliche »automatische« Anpassung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wäre sinnvoll. Hinzu kommt, dass nun auch noch viele Länder Studiengebühren abknöpfen, wodurch sich gerade ärmere Schüler noch schwerer mit der Entscheidung tun, ob sie wirklich ein Studium aufnehmen sollen.

Neben diesen wichtigen aktuellen Konfliktlagen im Bereich der Hochschulpolitik aus studentischer Perspektive, die nur exemplarisch sind, gibt es noch eine Reihe weiterer Probleme, zum Beispiel die Be-

grenzung des Zugangs zum *Master*, oder, dass die Antwort vieler Studierender auf diese Situation der Versuch ist, sich unter möglichst hohem individuellen Nutzen und Erfolg irgendwie »durchzumogeln«. Dadurch wird genau das erreicht, was viele der für die aktuelle Situation Verantwortlichen im Sinn haben, nämlich dass HochschulabsolventInnen fachlich gut ausgebildet, aber unkritisch sind. Das tut der Gesellschaft auf Dauer nicht gut. Viel besser ist es, die Situation an den Hochschulen einmal kritisch zu reflektieren und für Verbesserungen einzutreten. Viele Studierende tun dies zum Glück noch, werden aber von manchen KommilitonInnen für ihre Bemühungen müde belächelt. Das sind dann meist die Studierenden, denen die Situation anderer relativ gleichgültig ist, solange sie selbst irgendwie durchkommen und die es deshalb noch nicht einmal für nötig halten, sich an den Wahlen zu den studentischen Gremien zu beteiligen.

Was tun?

Einige Beispiele: Die Juso-Hochschulgruppen, der Studierendenverband der SPD, haben Ende 2007 gemeinsam mit anderen Verbänden die Kampagne »BAföG Rauf!« ins Leben gerufen, die die SPD in ihren Bemühungen um eine (wenigstens) einmalige BAföG-Erhöhung unterstützt hat – letztlich mit Erfolg. Viele Juso-Hochschulgruppen bewegen auch vor Ort viel. Kein studentischer Verband wird deutschlandweit so oft in die Vertretung der Studierenden (meistens: »Allgemeiner Studierendenausschuss« – AStA) gewählt, wie sie. Dort vertreten sie die Interessen der Studierenden gegenüber der Hochschulleitung, leisten viel Aufklärungsarbeit für die Studierenden, bieten oft ein umfassendes (Sozial-)beratungssystem an und organisieren Proteste gegen Studiengebühren. Oft werden auch viele eigene kulturelle

Projekte durchgeführt. Es macht Spaß, sich dort zu engagieren, denn hier kann man ganz konkret und real Dinge zum Besseren verändern. Kann man sich für das Engagement vor Ort nicht begeistern, gibt es auch die Möglichkeit, sich überregional zu vernetzen und zu engagieren. Der *freie Zusammenschluss von studentInnenschaften* – fzs (www.fzs.de) ist der Dachverband der Studierenden in Deutschland. Stimmberechtigt sind natürlich nur die Studierendenvertretungen, die Mitglied im fzs sind. Aber auch hier kommt es weniger auf formale Stimmen an, sondern auf das tatsächliche Engagement. Und mitmachen können alle, die das wollen. Zum Beispiel in inhaltlichen Ausschüssen oder bei der Organisation von Projekten und Kampagnen. Der fzs-Vorstand vertritt in Deutschland die Interessen der Studierenden gegenüber zahlreichen bundesweiten Akteuren, u.a. gegenüber der Bundesregierung. Auch ein Engagement im europäischen Studierendenverband *European Students' Union* – esu (www.esu.org) ist möglich. Wer sich konkret an Aktionen und Protesten gegen die Privatisierung von Bildungskosten engagieren will, kann dies im bundesweiten *Aktionsbündnis gegen Studiengebühren* – ABS (www.abs-bund.de) tun. Allen, für die das Engagement in solchen »Strukturen« nichts ist, bleibt der Weg zu einer studentischen Initiative offen. Das sind lose Zusammenschlüsse um an einer Hochschule ein konkretes Projekt umzusetzen. Es gibt viele davon, meistens wird man auf den Seiten der Hochschule fündig. Oder man gründet einfach selbst eine Initiative. Ein Beispiel wäre die Arbeit der oben bereits erwähnten *Projektgruppe Studierbarkeit*, die an der Humboldt-Uni in Berlin die Studierbarkeit der modularisierten Studiengänge untersucht hat.

Welchen Weg auch immer man für sich entdeckt, Hochschulbildung ist wenig, wenn man stumpf die gegebenen Zustände als gegeben hinnimmt. Auf Reflexion und Engagement kommt es an.